

DIE SOZIALVERSICHERUNGSPFLICHTIG
BESCHÄFTIGTEN IM DEUTSCHEN
SOZIALVERSICHERUNGSSYSTEM:
EIGENSCHAFTEN, BEITRAGSLEISTUNGEN UND
LEISTUNGSBEZUG

Martin Gasche

189-2009

Die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im deutschen Sozialversicherungssystem: Eigenschaften, Beitragsleistungen und Leistungsbezug

Martin Gasche

Mannheim Research Institute for the Economics of Aging (MEA)

Zusammenfassung: Die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind die tragende Säule des deutschen Sozialsystems. In dieser Studie werden einige Eigenschaften dieser Gruppe wie die Altersstruktur oder die Einkommensstruktur näher betrachtet. Es werden die von den Beschäftigten in einem Jahr aufgebrauchten Sozialversicherungsbeiträge und die von ihnen gleichzeitig verursachten Ausgaben einkommensspezifisch, altersspezifisch und geschlechtsspezifisch ermittelt. Dabei zeigt sich, dass die Beitragszahlungen das empfangene Leistungsvolumen insgesamt um ein Mehrfaches übersteigen. Mit diesen Nettobeitragszahlungen (Beiträge abzüglich empfangener Leistungen) finanzieren die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zu einem Großteil die Renten sowie die Kranken- und Pflegeversicherungsleistungen für die Rentner, die Leistungen für Arbeitslose sowie die beitragsfreie Mitversicherung von Kindern und nicht erwerbstätigen Ehegatten in der Gesetzlichen Krankenversicherung und der Sozialen Pflegeversicherung. Die Nettobeitragszahlungen innerhalb der Gruppe der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von den Beziehern hoher Lohnneinkommen zu den Beziehern geringer Lohnneinkommen erweist sich hingegen als geringer als die einkommensbezogene Beitragserhebung in der Gesetzlichen Krankenversicherung und der Sozialen Pflegeversicherung auf den ersten Blick vermuten lässt.

JEL-Classification: H51, H55

Adresse:

Mannheim Research Institute for the Economics of Aging
(MEA)
Universität Mannheim
L13,17
D-68131 Mannheim

Kontakt:

Dr. Martin Gasche
0621-1811859
gasche@mea.uni-mannheim.de

Das MEA ist ein Forschungsinstitut der Universität Mannheim, das sich zu zwei Dritteln aus Mitteln der Forschungsförderung finanziert. Wir danken vor allem der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Wir danken ebenso dem Land Baden-Württemberg und dem Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft für die Grundfinanzierung des MEA.

1. Einleitung

Das deutsche umlagefinanzierte Sozialsystem wird von den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten getragen. Diese Gruppe finanziert mit ihren Beiträgen den weitaus größten Teil der Sozialversicherungsausgaben in einem Jahr. In dieser Studie werden zunächst die Eigenschaften der Gruppe der versicherungspflichtig Beschäftigten näher betrachtet: Wie groß ist die Gruppe? Zu welchen Anteilen setzt sie sich aus Männern und Frauen zusammen? Wie ist ihre Altersstruktur, wie ihre Einkommensstruktur? Wie ungleich sind die Einkommen verteilt? Danach werden das von ihnen aufgebrauchte Beitragsvolumen, die von ihnen verursachten Ausgaben in einem Jahr und damit die Nettobeitragszahlungen als Differenz zwischen Beiträgen und empfangenen Leistungen quantifiziert. Die Nettobeitragszahlung ist ein gutes Maß, um Zahlungsströme innerhalb des Sozialversicherungssystems zu identifizieren. Dabei geht es um Zahlungsströme von den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zu anderen Gruppen und um Zahlungsströme zwischen Teilgruppen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. So impliziert die Finanzierung der deutschen Sozialversicherungssysteme über einkommensorientierte Beiträge eine Nettobeitragszahlung von „Reich zu Arm“, also von Beziehern hoher beitragspflichtiger Einkommen zu Beziehern geringer beitragspflichtiger Einkommen, und wird deshalb als besonders gerecht empfunden. Wie bedeutend ist dieser Zahlungsstrom? All diese Fragen sollen im Folgenden beantwortet werden mit dem Ziel durch die Offenlegung der in den Sozialversicherungssystemen enthaltenen Transferströme die Systeme insgesamt ein wenig transparenter zu machen.

Diese Studie ist die Erste in einer Reihe, in der die Beitragszahlungen und die erhaltenen Leistungen der Versicherten gegenübergestellt werden, während hier lediglich Zahlungsströme in einer Periode betrachtet werden, werden in den Nachfolgestudien in einem ersten Schritt der implizite Steueranteil an den Sozialversicherungsbeiträgen eines Jahres¹ und im zweiten Schritt der implizite Steueranteil bezogen auf das gesamte Leben eines Individuums ermittelt.²

Diese Studie gliedert sich wie folgt: Zunächst wird die Datengrundlage beschrieben, dann wird die Gruppe der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hinsichtlich Altersstruktur, Einkommenshöhe, Einkommensstruktur und Einkommensverteilung näher betrachtet. Im nächsten Schritt wird das Vorgehen zur Berechnung der Nettobeitragszahlungen dargestellt. In den Kapiteln 5 bis 7 werden die von den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in einem Jahr gezahlten Beiträge den erhaltenen Leistungen in den einzelnen Sozialversicherungszweigen

¹ Vgl. Gasche (2009).

Gesetzliche Krankenversicherung (GKV), Soziale Pflegeversicherung (SPV), Gesetzliche Rentenversicherung (GRV) und Arbeitslosenversicherung (AV) gegenübergestellt und damit der Nettobeitrag ermittelt. Schließlich werden alle Zweige der Sozialversicherung zusammengefasst, um in einer Gesamtbetrachtung den gesamten Nettobeitrag der Beschäftigten abzuschätzen.

2. Datengrundlage

Als Datengrundlage für die Analyse dient eine Statistik der Deutschen Rentenversicherung Bund, die die Anzahl der versicherungspflichtig Beschäftigten differenziert nach Einkommen, Alter, Geschlecht sowie Ost und West für die Jahre 1999 bis 2007 enthält. Aus diesen Daten werden unter Berücksichtigung der Beitragsbemessungsgrenzen die versicherungspflichtigen Einkommen abgeleitet und unter Anwendung der jeweiligen Beitragssätze der Sozialversicherungszweige im jeweiligen Jahr die Beitragszahlungen ermittelt. Die alters- und geschlechtsspezifischen Ausgabenprofile der Gesetzlichen Krankenversicherung werden dabei aus den jeweiligen Daten des Risikostrukturausgleichs abgeleitet. Für die Soziale Pflegeversicherung werden die Leistungsausgaben je Pflegebedürftigen getrennt nach ambulanter und stationärer Pflege ermittelt und dann mit Hilfe der alters- und geschlechtsspezifischen Pflegewahrscheinlichkeiten unter Berücksichtigung der Verwaltungskosten die alters- und geschlechtsspezifische Ausgaben je Versicherten berechnet.³

3. Die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 1999 bis 2007

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist im Betrachtungszeitraum 1999 bis 2007 von 27,8 auf 26,1 Millionen Personen gesunken (Abbildung 1). Der Anteil der Männer an der Gesamtzahl der Beschäftigten liegt konstant bei 56%. Somit sind Frauen und Männer im gleichen Maße vom Beschäftigungsrückgang betroffen. Der geringere Frauenanteil ist im zum Beispiel auf die Kindererziehung und darauf zurückzuführen, dass ein höherer Anteil von Frauen geringfügige Beschäftigungsverhältnisse (z.B. Minijobs) hat, die in der verwendeten Statistik nicht erfasst sind.

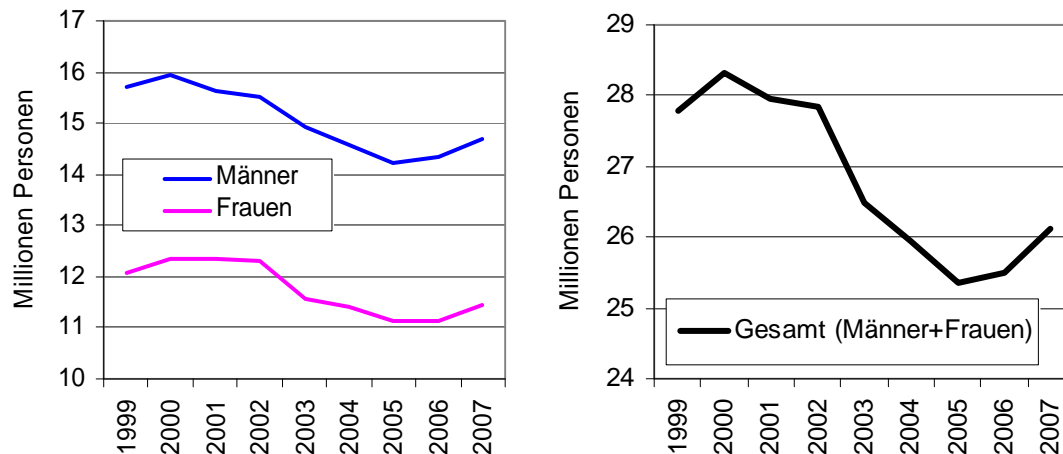
Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten unterliegt zahlreichen Einflussfaktoren. Offensichtlich sind die konjunkturellen Einflüsse: Im Boomjahr 2000 – geprägt durch hohe Erwerbstätigkeit und relativ niedrige Arbeitslosigkeit – war auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung am größten, in den Stagnationsjahren 2001 bis 2005 war sie rückläufig und der Aufschwung in den Jahren 2006 und 2007 schlägt sich auch in einem Beschäftigungs-

² Vgl. dazu z.B. Gasche (2008).

³ Vgl. SVR (2005) oder Gasche (2007).

anstieg nieder (Abbildung 1). Doch auch strukturelle Einflüsse, die unter dem Stichwort „Erosion des Normalarbeitsverhältnisses“ zusammengefasst werden, sind nicht auszuschließen. So wird vermutet, dass das „normale“ sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnis zunehmend beispielsweise durch Minijobs oder (Schein-)Selbständigkeit verdrängt wird.

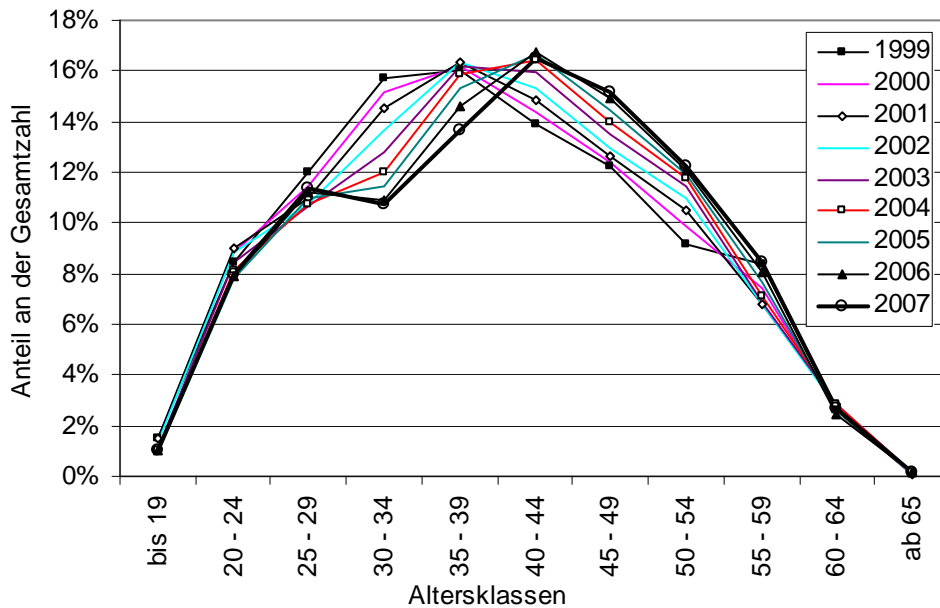
Abbildung 1: Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten



Quelle: Deutsche Rentenversicherung Bund, eigene Berechnungen.

Der weitaus größte Teil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist im Alter zwischen 30 und 50 Jahren (Abbildung 2). Der Anteil der Jüngeren ist relativ gering, weil sich viele noch in der Ausbildung (Schule, Universität) befinden und noch keiner sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen. Der Anteil der Älteren ist ebenfalls geringer, was auf die Frühverrentungsmaßnahmen, aber auch auf die Tatsache zurückzuführen ist, dass in den höheren Altersklassen die nicht sozialversicherungspflichtige Erwerbstätigkeit (Selbständige, Beamte) eine größere Rolle spielt.

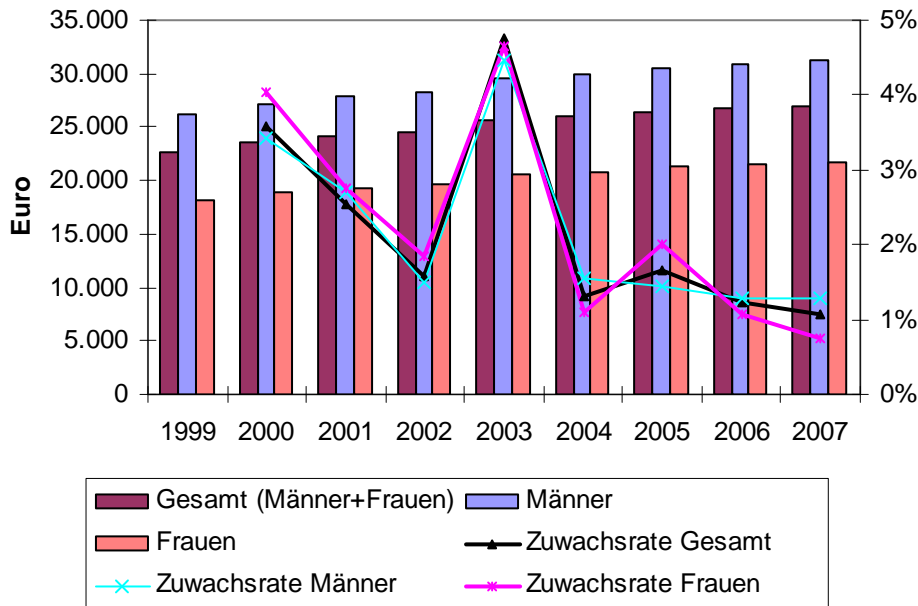
In der **Altersstruktur** der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten spiegelt sich der demographische Wandel in Deutschland wider: So war die am stärksten besetzte Altersklasse im Jahr 1999 noch die der 35- bis 39-Jährigen, dicht gefolgt von den 30- bis 34-Jährigen. Im Jahr 2007 bildeten die 40- bis 44-Jährigen die größte Altersgruppe. Somit wandert die „Bergspitze“ der geburtenstarken Jahrgänge der 1960er Jahre graphisch gesprochen nach rechts. Das Durchschnittsalter der Beschäftigten steigt entsprechend.

Abbildung 2: Altersstruktur der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

Quelle: Deutsche Rentenversicherung Bund, eigene Berechnungen.

Das (renten-)versicherungspflichtige Durchschnittseinkommen ist von 1999 bis 2007 von rund 22.700 Euro jährlich auf 27.000 Euro gestiegen (Abbildung 3). Die sehr hohe Zuwachsrate im Jahr 2005 ist auf eine diskretionäre Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze in der Gesetzlichen Rentenversicherung zurückzuführen, die das versicherungspflichtige Einkommen sprunghaft ansteigen ließ. Generell ist aber eher ein tendenzieller Rückgang der Zuwachsraten des Durchschnittseinkommens zu beobachten. Das Durchschnittseinkommen der Frauen beträgt 70% des Einkommens der Männer. Diese Quote ist im Betrachtungszeitraum stabil. Geschlechtsspezifische Verschiebungen liegen demnach nicht vor. Das geringere Durchschnittseinkommen der Frauen ist mit deren höherer Teilzeitquote zu begründen, könnte aber auch darauf zurückzuführen sein, dass Frauen für die gleiche Arbeit schlechter entlohnt werden als Männer. Bereinigt man die Statistik um den Teilzeiteffekt, indem nur die Einkommen der vollzeitbeschäftigten Männer und Frauen betrachtet werden, erreichen die Frauen rund 80% des Einkommens der Männer. Somit können 10 Prozentpunkte des Einkommensunterschieds auf den Teilzeiteffekt zurückgeführt werden. Um den Effekt einer generell schlechteren Bezahlung der Frauen quantifizieren zu können, müssten weitere Bereinigungen z.B. um branchenspezifische bzw. berufsspezifische Unterschiede sowie um Unterschiede in der Altersstruktur und in der Qualifikationsstruktur durchgeführt werden.⁴

⁴ Ein Teil der Einkommensunterschiede kann auf bestimmte Strukturmerkmale wie Berufs- und Tätigkeitsposition sowie Berufs- und Tätigkeitsjahre zurückgeführt werden. Vgl. Bothfeld/Ziegler (2005).

Abbildung 3: Rentenversicherungspflichtiges Durchschnittseinkommen

Quelle: Deutsche Rentenversicherung Bund, eigene Berechnungen.

Die Betrachtung der **geschlechtsspezifischen Einkommensstruktur** bestätigt diese Ergebnisse: Die häufigste Einkommensklasse bei den Frauen ist die Klasse zwischen 15.000 und 17.500 Euro. Bei den Männern ist hingegen die Klasse zwischen 30.000 und 32.500 am stärksten besetzt (Abbildung 4). Auch ist feststellbar, dass die Männer gleichmäßiger über die Einkommensklassen verteilt sind als die Frauen. Bei den Frauen konzentrieren sich die Einkommen auf die niedrigen bis mittleren Einkommensklassen. Der „Dualismus“ zwischen Männern und Frauen bei der Einkommensstruktur schlägt sich bei der Gesamtbetrachtung (Männer und Frauen) in einer „zweihöckrigen“ Einkommensstrukturkurve nieder (Abbildung 4).

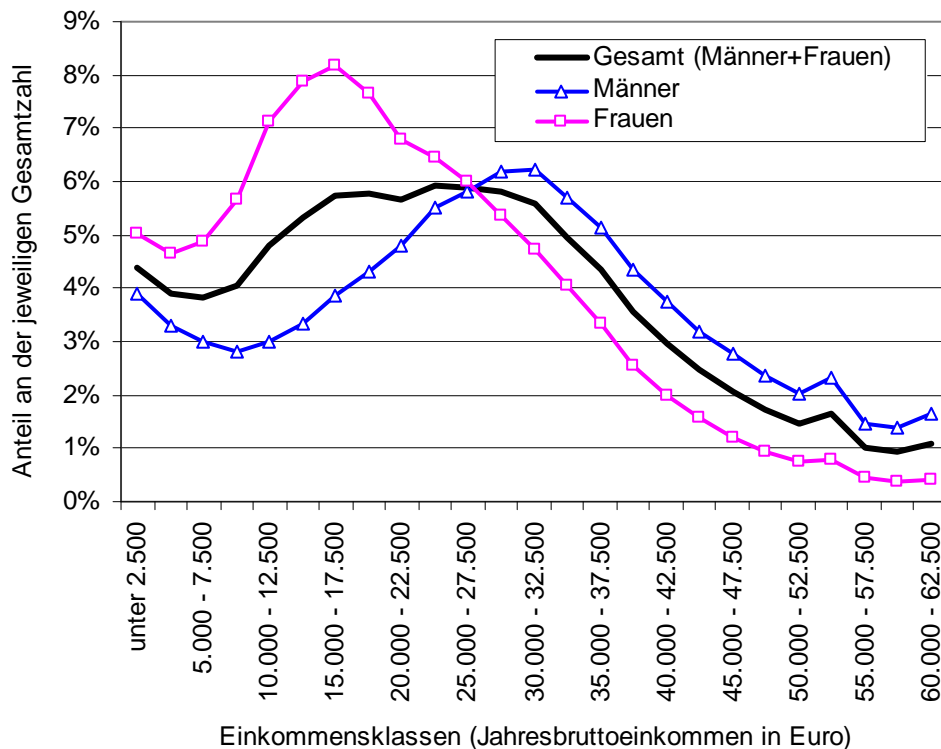
Allerdings kann man im Betrachtungszeitraum 1999 bis 2007 keine Zunahme der **Einkommensungleichheit** innerhalb der Gruppe der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten feststellen. Der GINI-Koeffizient ist auf einem relativ niedrigen Niveau⁵ und hat zwischen 1999 und 2007 nur leicht von 0,340 auf 0,346 zugenommen. Die für diesen Betrachtungszeitraum bezogen auf alle Einkommen oft festgestellte starke Zunahme der Ungleichheit⁶ kann somit nicht auf eine größere Ungleichheit bei den sozialversicherungspflichtigen Einkommen zurückgeführt werden.⁷ Eine nähere Analyse dieses Ergebnisses zeigt jedoch, dass die relative Stärke der oberen Einkommensklassen im Zeitverlauf zugenommen und die relative Stärke der

⁵ Ein Wert von Null zeigt vollkommenen Gleichverteilung der Einkommen an, der Wert 1 eine vollkommene Ungleichverteilung.

⁶ Vgl. z.B. SVR (2007), Deutscher Bundestag (2008), OECD (2008).

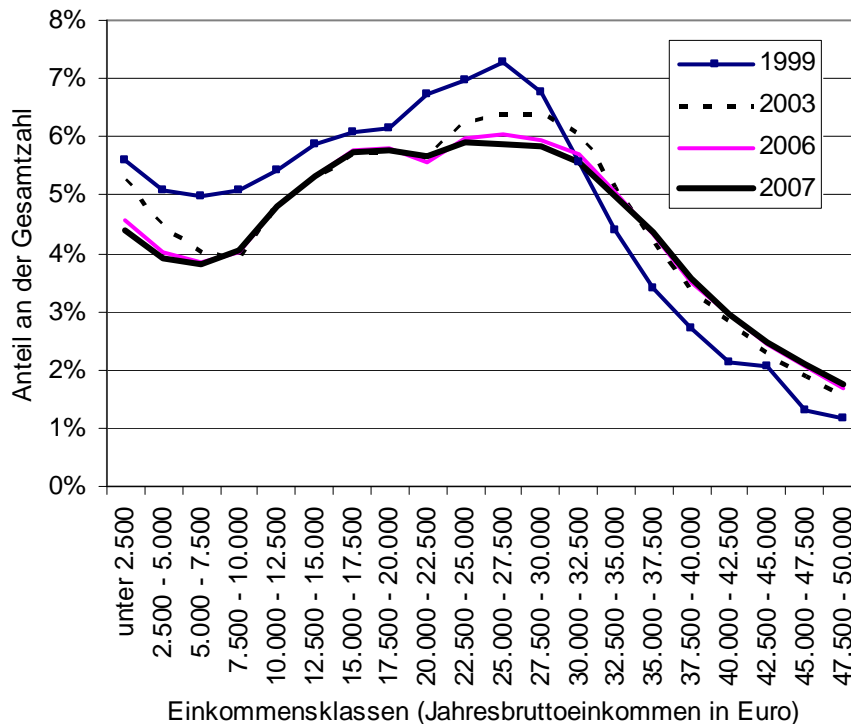
unteren und mittleren Einkommensklassen abgenommen hat (Abbildung 5). Sollte der Bedeutungsverlust der unteren Klassen nicht nur auf Einkommenssteigerungen im Betrachtungszeitraum, sondern auch auf eine Substitution der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung durch nicht sozialversicherungspflichtige, geringfügige Beschäftigungsverhältnisse zurückzuführen sein, relativiert sich das grundsätzliche Ergebnis einer konstanten Disparität.

Abbildung 4: Einkommensstruktur der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Jahr 2007



Quelle: Deutsche Rentenversicherung Bund, eigene Berechnungen.

⁷ Die Ergebnisse werden allerdings etwas verzerrt, da in der verwendeten Statistik die Einkommen nur bis zur Beitragsbemessungsgrenze erfasst werden. Die Aussage gilt also nur für die sozialversicherungspflichtigen Einkommen.

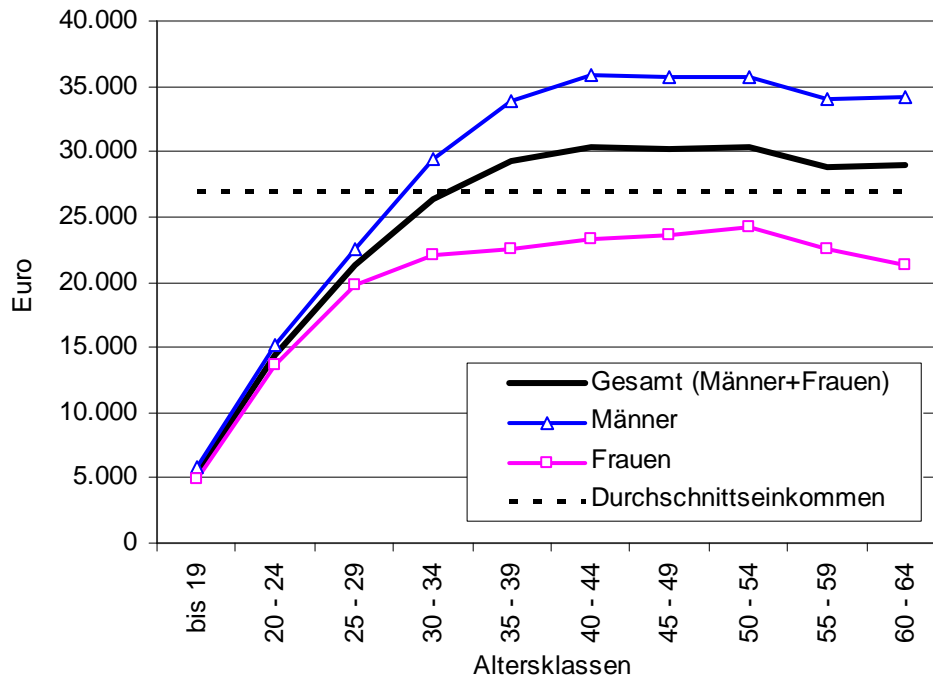
Abbildung 5: Entwicklung der Einkommensstruktur im Zeitraum 1999 bis 2007

Quelle: Deutsche Rentenversicherung Bund, eigene Berechnungen.

Berechnet man die Durchschnittseinkommen der einzelnen Altersklassen, ergibt sich das typische altersspezifische Einkommensprofil: zunächst mit dem Alter stark ansteigende Einkommen, dann ab dem Alter von 40 Jahren weitgehend stagnierende Durchschnittseinkommen und am Ende des Erwerbslebens wieder leicht sinkende Einkommen.⁸ Bemerkenswert ist, dass die Durchschnittseinkommen der Frauen – auch der gut verdienenden Altersklassen – nie das Durchschnittseinkommen Gesamt (für Männer und Frauen) über alle Altersklassen erreicht (Abbildung 6). Die steigenden **altersspezifischen Durchschnittseinkommen** zusammen mit der oben gewonnenen Erkenntnis, dass das Durchschnittsalter der Gruppe der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten steigt, legt die Vermutung nahe, dass ein alterstrukturbedingter Anstieg der beitragspflichtigen Einkommen zu verzeichnen war und in Zukunft noch zu verzeichnen sein wird. Insofern haben die Baby-Boomer für die Finanzen der Sozialversicherungen, kurz bevor sie ins Rentenalter kommen, noch einen positiven Effekt. Ihr Renteneintritt in den späteren Jahren macht sich mithin sowohl in Form von geringeren Einnahmen als auch höheren Ausgaben bemerkbar.

⁸ Dieses Profil ist für die Jahre 1999 bis 2007 nahezu identisch, was sich zeigt, wenn man die altersspezifischen Durchschnittseinkommen in Relation zum jeweiligen Durchschnittseinkommen eines Jahres setzt und dann die altersspezifischen Anteile am Durchschnittseinkommen betrachtet.

Abbildung 6: Altersspezifisches Durchschnittseinkommen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Jahr 2007



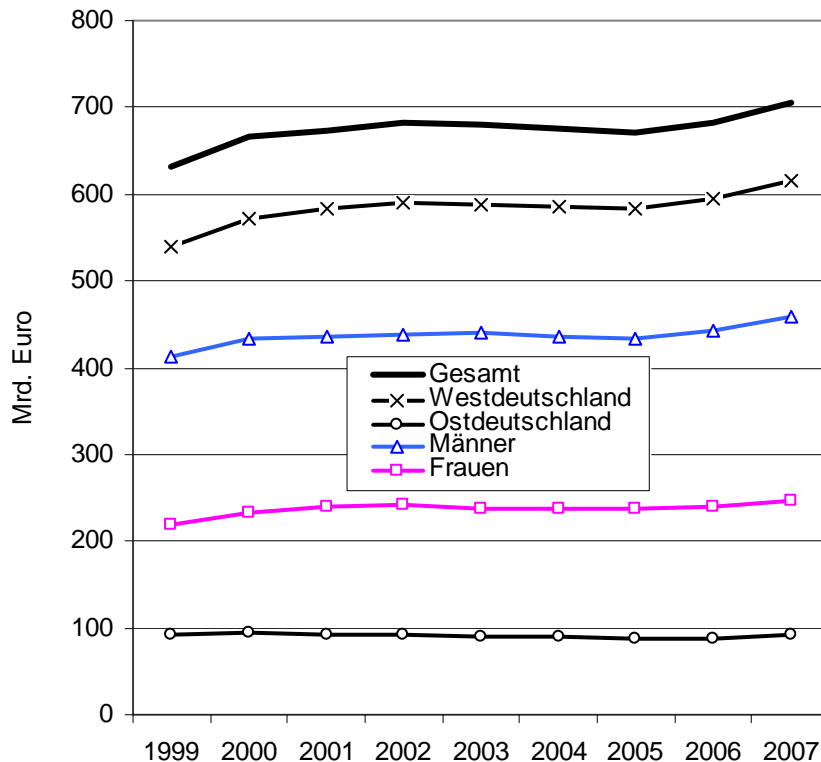
Quelle: Deutsche Rentenversicherung Bund, eigene Berechnungen.

Die gesamte (renten-)versicherungspflichtige Einkommenssumme ist von 1999 bis 2007 mit einer Rate von durchschnittlich 1,42% jährlich – trotz einer diskretionären Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze – nur mäßig von 631 Mrd. Euro auf 706 Mrd. Euro gestiegen, wobei vor allem im Jahr 2007 ein starker Anstieg festzustellen war (Abbildung 7). Der schwache Zuwachs in den Jahren vorher ist dem Rückgang der Anzahl der Beschäftigten und der schwachen Entwicklung der Arbeitseinkommen in diesem Zeitraum und der Tatsache geschuldet, dass seit 2004 im Rahmen der betrieblichen Altersvorsorge Entgeltbestandteile sozialversicherungsfrei in Altersvorsorgebeiträge umgewandelt werden können (Entgeltumwandlung). Die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate des nominalen BIP war im Zeitraum 1999 bis 2007 trotz der gesamtwirtschaftlichen Schwächephase der Jahre 2001 bis 2005 mit 2,35% fast um einen Prozentpunkt höher.

Die Männer hatten im gesamten Zeitraum einen Anteil von rund 65% an der gesamten Einkommenssumme, was mit den höheren Durchschnittseinkommen und der höheren Erwerbsbeteiligung der Männer zu begründen ist. Das versicherungspflichtige Einkommen in Ostdeutschland beträgt in 2007 rund 91 Mrd. Euro, also nur rund 13% an der gesamten Einkommenssumme bei einem Beschäftigtenanteil von knapp 17%. Dies kann auf die grundsätzlich niedrigeren Löhne, aber auch auf die geringere Beitragsbemessungsgrenze in Ostdeutschland zurückgeführt werden. Der Anteil Ostdeutschlands an der gesamten

Einkommenssumme ist im Zeitverlauf sogar von knapp 15% im Jahr 1999 auf 13% im Jahr 2007 gesunken, was den schlechten Bedingungen auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt und den Wanderungsbewegungen nach Westdeutschland – als zwei Seiten derselben Medaille – geschuldet sein dürfte.

Abbildung 7: Rentenversicherungspflichtige Einkommenssumme der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

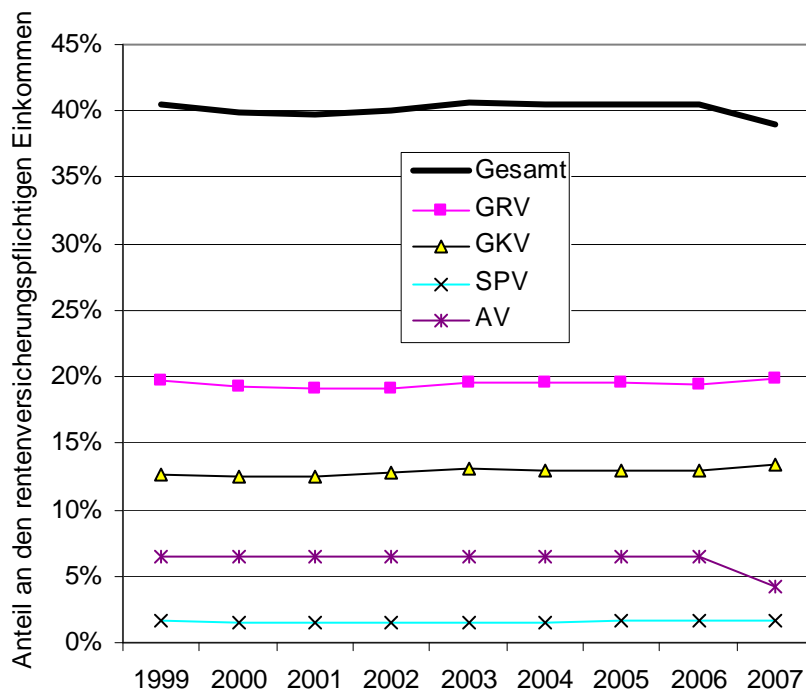


Quelle: Deutsche Rentenversicherung Bund, eigene Berechnungen.

Aus der beitragspflichtigen Einkommenssumme werden Beiträge zur GRV, GKV, SPV und AV entrichtet. Die Beitragssumme steigt um 0,96 % jährlich von 255 Mrd. Euro im Jahr 1999 auf 276 Mrd. Euro im Jahr 2007. Der schwächere Anstieg im Vergleich zum beitragspflichtigen Einkommen ist im Wesentlichen auf die Beitragssatzsenkung in der Arbeitslosenversicherung von 6,5% im Jahr 1999 auf 4,2% im Jahr 2007 zurückzuführen. Damit ist die Beitragsbelastung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten relativ zu ihren Einkommen zwischen 1999 und 2007 auf hohem Niveau von 40,5% auf 39,0% leicht gesunken (Abbildung 8). In der Rentenversicherung gab es einen leichten Anstieg, trotz der zwischenzeitlichen Entlastung durch Beitragssatzsenkungen im Rahmen der Ökosteuereinführung. In der Krankenversicherung stieg dagegen die Belastung an. Dass in der GKV die Belastung relativ zum rentenversicherungspflichtigen Einkommen mit 13,4% geringer ausfällt als der durchschnittliche Beitragssatz, ist auf die im Vergleich zur GRV niedrigere Beitragsbemessungsgrenze in der

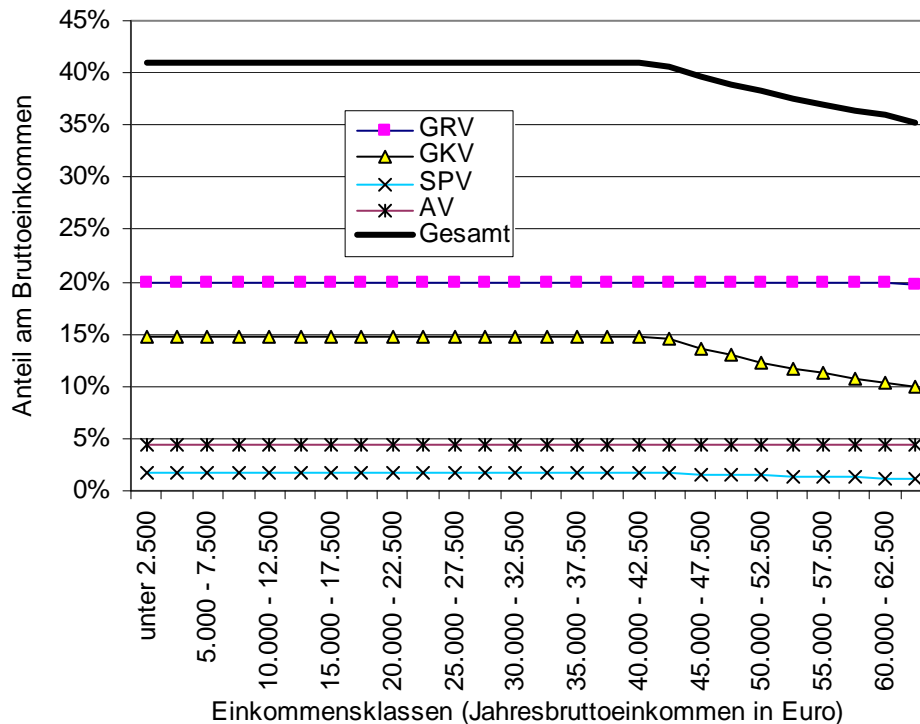
GKV und auf die Tatsache zurückzuführen, dass einige Beschäftigte zwar rentenversicherungspflichtig sind, aber einer privaten Krankenversicherung angehören, folglich keine GKV-Beiträge entrichten.

Abbildung 8: Beitragsbelastung der rentenversicherungspflichtigen Einkommen



Quelle: Deutsche Rentenversicherung Bund, eigene Berechnungen.

Die **Auswirkungen der Beitragsbemessungsgrenze** auf die relative Beitragsbelastung zeigen sich, wenn man die Beitragszahlungen pro Kopf in den einzelnen Einkommensklassen in Bezug zum Durchschnittseinkommen der jeweiligen Klasse setzt. Zunächst entspricht die Belastung dem Gesamtsozialversicherungsbeitragssatz. Übersteigt das Einkommen die Beitragsbemessungsgrenze der Krankenversicherung, sinkt die relative Belastung. Dieser Belastungsrückgang erhält mit zunehmenden Einkommen eine Beschleunigung, sobald die Beitragsbemessungsgrenze der GRV und der AV überschritten wird. Somit zeigt sich insgesamt ein regressiver nominaler Belastungsverlauf.

Abbildung 9: Einkommensklassenspezifische relative Beitragsbelastung im Jahr 2007

Quelle: Deutsche Rentenversicherung Bund, eigene Berechnungen.

4. Gegenüberstellung von Beitragsleistung und Leistungsbezug: der Nettobeitrag

Das Sozialversicherungssystem in Deutschland darf nicht als homogene Einheit betrachtet werden. Vielmehr weisen die einzelnen Sozialversicherungszweige nicht nur Unterschiede bei den Leistungen auf, sondern auch in der Beitragsmessung, hinsichtlich des Versichertenkreises und hinsichtlich des Kreises der Leistungsempfänger. So leistet die Rentenversicherung zum überwiegenden Teil nur an ältere Menschen, die wiederum keine Beiträge zahlen. Die GKV und die SPV dagegen erbringen Leistungen für Versicherte jeden Alters. Hier zahlen die Rentner im Gegensatz zur GRV auch Beiträge. Kinder und nicht erwerbstätige Ehegatten erhalten dagegen in der GKV und SPV Leistungen, ohne Beiträge zu zahlen.

Diese unterschiedlichen Eigenschaften der Sozialversicherungszweige führen über die dazwischen geschalteten Sozialversicherungskassen zu Zahlungsströmen zwischen verschiedenen Gruppen, wie zum Beispiel von den Jungen zu den Alten, von Beziehern hoher Einkommen zu Beziehern niedrigen Einkommen, von Erwerbstätigen zu Arbeitslosen, von Ledigen zu Ehepaaren oder von Männern zu Frauen. In dieser Studie werden diese Zahlungsströme als Nettzahlungen gemessen, also als Differenz zwischen den in einem Jahr gezahlten Beiträgen und den in diesem Jahr empfangenen Geldleistungen bzw. den Kosten für

die empfangenen Sachleistungen. Es werden also nur die Zahlungsströme in einem Jahr betrachtet, die von den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zu anderen Personengruppen und die innerhalb der Gruppe der Beschäftigten fließen. Entsprechend werden zum Beispiel die mit den Rentenversicherungsbeiträgen erworbenen Rentenansprüche, die erst in zukünftigen Perioden zu Rentenzahlungen führen, außer Acht gelassen.

Konkret berechnet sich dieser Nettobeitrag U_t^i als Differenz zwischen den in einem Jahr t von einer Gruppe i gezahlten Beiträgen B_t^i und den in diesem Jahr im Durchschnitt von dieser Gruppe empfangenen Leistungen G_t^i :

$$U_t^i = B_t^i - G_t^i.$$

Die Gruppe i kann dabei die gesamten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten oder eine Teilgruppe, z.B. eine bestimmte Altersklasse oder eine bestimmte Einkommensklasse, sein.

5. Beitragsleistungen und Leistungsbezug der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Gesetzlichen Krankenversicherung

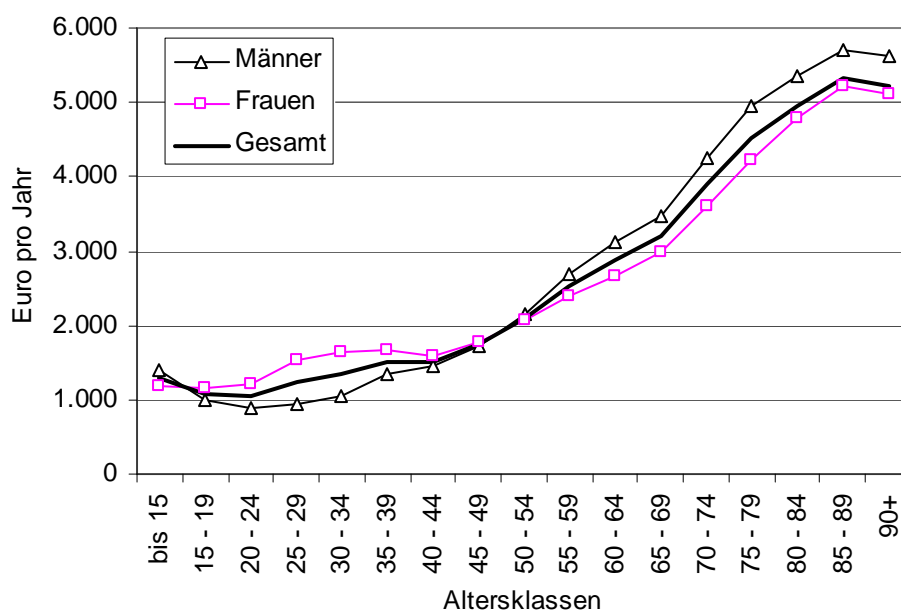
Komplizierte Zahlungsströme gibt es in der GKV, da hier alle Versicherten potentielle Leistungsempfänger und alle Versicherten außer Kindern und nicht erwerbstätigen Ehegatten Beitragszahler sind. Anders als in der Rentenversicherung zahlt ein Rentner mithin die Leistungen, die er in einer Periode erhält, in der gleichen Periode durch eigene Beiträge (teilweise) selbst. Umgekehrt zahlt die Gruppe der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nicht nur Beiträge, die an andere Personengruppen fließen, sondern die Beschäftigten sind auch selbst Leistungsempfänger.

Somit sind für die Quantifizierung des periodenbezogenen Nettobeitrags der hier näher betrachteten Gruppe der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nicht nur deren Beitragsleistungen interessant, sondern auch die von dieser Gruppe verursachten Ausgaben. **Alters- und geschlechtsspezifische Ausgabenprofile** der GKV-Versicherten für den Betrachtungszeitraum können aus den Daten des Risikostrukturausgleichs (RSA) gewonnen werden. Nach Berücksichtigung der nicht ausgleichsfähigen Ausgaben und der Verwaltungsausgaben⁹ kann man Pro-Kopf-Ausgabenprofile ableiten (Abbildung 10). Es zeigt sich ein mit dem Alter tendenziell ansteigendes Ausgabenprofil. Kinder verursachen allerdings

⁹ Die Verwaltungsausgaben und die nicht ausgleichsfähigen Ausgaben werden dabei durch die Anzahl der Versicherten dividiert und der sich ergebende Pro-Kopf-Betrag zu den jeweiligen RSA-Ausgaben je Versicherten addiert.

tendenziell höhere Kosten als junge Erwachsene. Frauen verursachen im Alter von 20 bis 40 Jahren höhere Kosten als Männer, was auf die Ausgaben im Zusammenhang mit der Schwangerschaft und Mutterschaft zurückgeführt werden kann. Ab der Altersklasse der 50- bis 55-Jährigen sind die jährlichen Gesundheitsausgaben je Versicherten für Männer höher als für Frauen.

Abbildung 10: Altersspezifische Ausgabenprofile in der Gesetzlichen Krankenversicherung



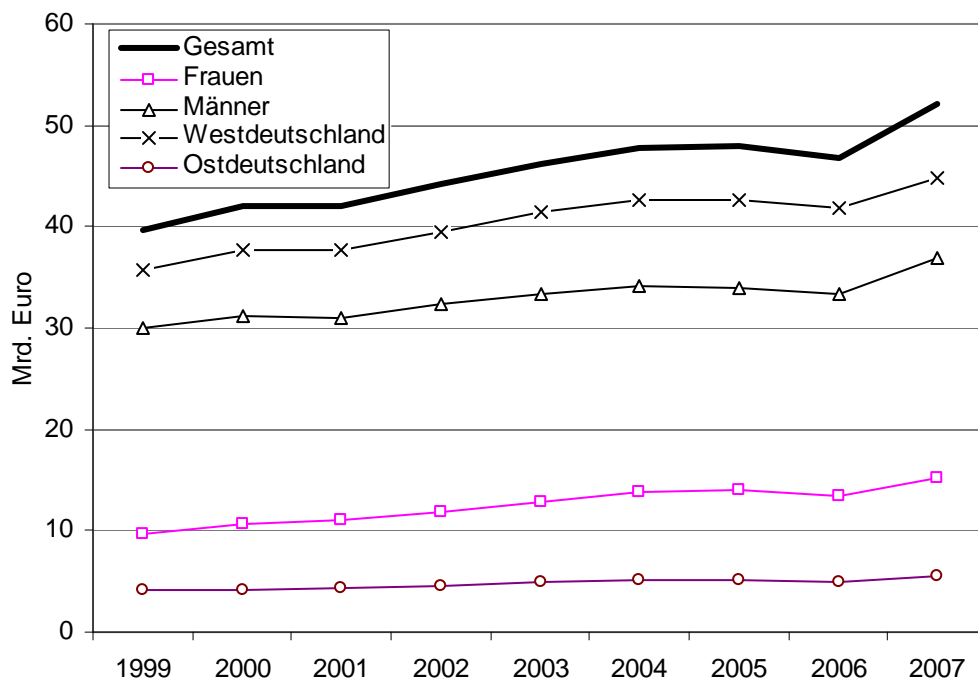
Quelle: eigene Berechnungen auf der Grundlage der RSA-Daten 2006.

Die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten tragen seit 1999 über 60% zum gesamten Beitragsaufkommen der GKV bei. Im Jahr 2007 waren dies 94 Mrd. Euro. Gleichzeitig verursachte diese Personengruppe (ohne mitversicherte Familienangehörige) 28% der Ausgaben der GKV in Höhe von 42 Mrd. Euro im Jahr 2007. Damit leisten die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einen Nettobeitrag in Höhe von 52 Mrd. Euro.¹⁰ Dieser Nettobeitrag der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist um über 12 Mrd. Euro seit dem Jahr 1999 gestiegen (Abbildung 11). Er macht damit weit über 50% der gesamten Beitragszahlungen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus.

¹⁰ Damit ergibt sich der Nettobeitrag einer Gruppe *i* aus der Differenz zwischen dem tatsächlich gezahlten Beitrag und dem Beitrag, den die Gruppe *i* zahlen müsste, wenn die Versicherten der umlagefinanzierten Krankenversicherung nur die Personen der Gruppe *i* wären. Mithin wird das tatsächliche System mit einem Umlagesystem ohne Zahlungen an andere Gruppen verglichen. Ist die Gruppe *i* beispielsweise eine Altersklasse, vergleicht man den tatsächlich von der Gruppe *i* gezahlten Beitrag mit einer altersspezifischen kostendeckenden Durchschnittsprämie, also einem Beitrag in Höhe der durchschnittlichen Kosten je Individuum der Altersgruppe *i*. Dies schließt eine „versicherungsimmanente“ Umverteilung zwischen den Mitgliedern der Gruppe *i*, also von den Gesunden, die keine Kosten verursachen, zu den Kranken, die evtl. überdurchschnittliche Kosten verursachen, nicht aus. Der Versicherungscharakter wurde also in diesem Sinne berücksichtigt.

Differenziert nach **Männer und Frauen** zeigt sich, dass die sozialversicherungspflichtig beschäftigten Männer den weitaus größeren Nettobeitrag leisten. Von 1999 ist er von 30,0 Mrd. Euro auf 36,9 Mrd. EUR in 2007 gewachsen. Der höhere Nettobeitrag der Männer ist zum einen auf das höhere Einkommen der Männer und zum anderen auf die im Durchschnitt geringeren Gesundheitskosten pro Kopf zurückzuführen. So wendete die GKV im Jahr 2007 für einen sozialversicherungspflichtig beschäftigten Mann im Durchschnitt 1.559 Euro und für eine sozialversicherungspflichtige Frau 1.751 Euro auf.

Abbildung 11: Entwicklung des Nettobeitrags in der GKV



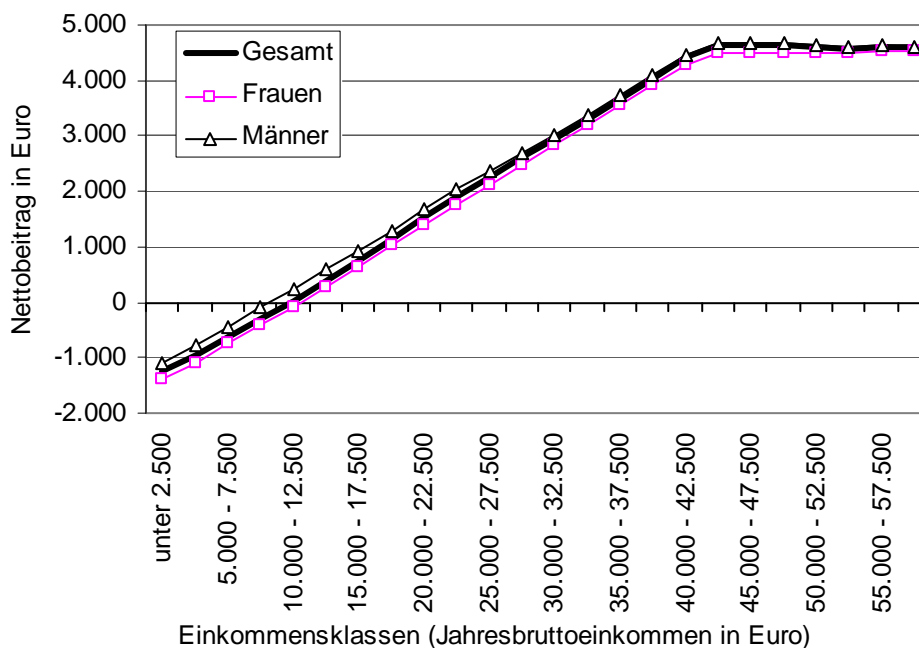
Quelle: eigene Berechnungen.

Der positive Nettobeitrag der Beschäftigten fließt über dazwischen geschaltete Krankenkassen vor allem an die Rentner und an die **mitversicherten Familienangehörigen**, da diese Personengruppen höhere Kosten verursachen als sie Beiträge bezahlen. Da die Sozialversicherungspflichtigen selbst mitversicherte Familienangehörige haben, kommt es aber gleichsam zu Transfers innerhalb der Haushalte der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, wobei die Zahlungen den Umweg über die Krankenversicherung nehmen. Geht man davon aus, dass der Anteil der mitversicherten Kinder und der mitversicherten Ehegatten der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit dem entsprechenden Anteil in der gesamten Versichertengemeinschaft im Alter zwischen 20 und 65 Jahren übereinstimmt, so kann man von rund 9 Millionen mitversicherten Kindern und etwa 4 Millionen mitversicherten Ehegatten ausgehen, die zusammen rund 20 Mrd. Euro an Gesundheitsausgaben verursachen. Berücksichtigt man diese „versteckten“ indirekten Transfers innerhalb der Haushalte der

sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, reduziert sich der Nettobeitrag im Jahr 2007 auf 32 Mrd. Euro.

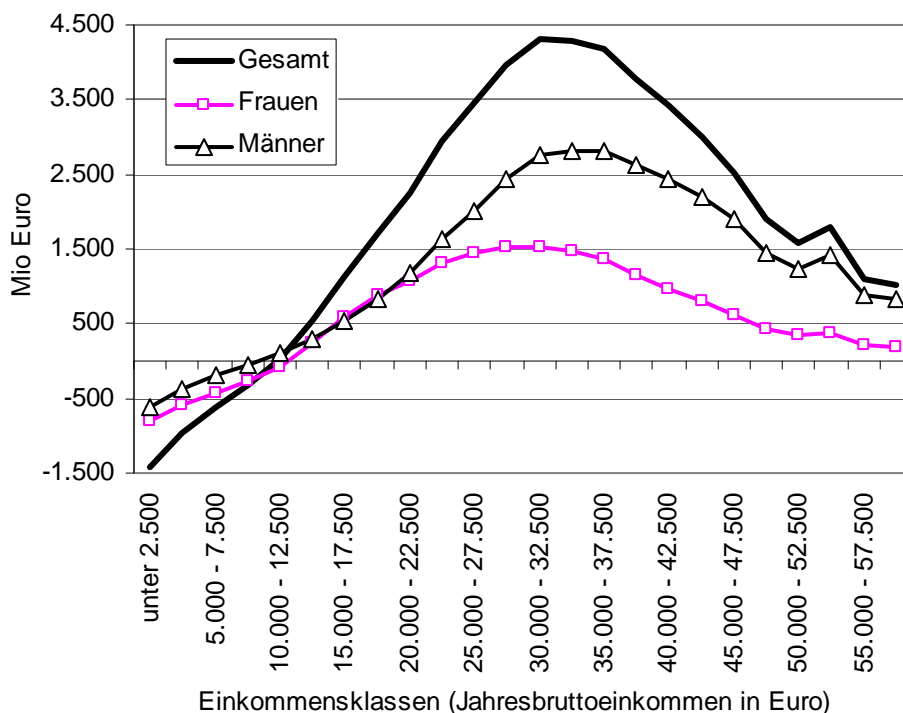
Wichtig sind auch die **Zahlungsströme innerhalb der Gruppe der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten**. So wird die Einkommensabhängigkeit der Krankenversicherungsbeiträge oft mit dem Solidargedanken gerechtfertigt, da so Bezieher hoher Einkommen für die Kosten von Beziehern niedriger Einkommen „aufkommen“. Für die Gruppe der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten kann dies aber nur in geringem Ausmaß festgestellt werden. Denn nur die Beitragszahler in den Einkommensklassen unter 10.000 Euro im Jahr weisen im Jahr 2007 einen negativen Nettobeitrag auf; sie zahlen im Durchschnitt also weniger in die Krankenversicherung ein als sie im Durchschnitt an Leistungen erhalten (Abbildung 12). Alle anderen betrachteten Einkommensgruppen sind im Durchschnitt Nettozahler. Insgesamt kam es im Jahr 2007 zu einem Nettozahlungsstrom innerhalb der Gruppe der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Höhe von 3,3 Mrd. Euro, was 3,5% der gesamten Beitragszahlungen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind. In der GKV fließen also nur in geringem Umfang Nettozahlungen von den Beziehern hoher zu den Beziehern geringer Arbeitseinkommen. Vielmehr wird der weitaus größte Teil der Nettobeiträge von den Krankenkassen von den Beziehern der Arbeitseinkommen zu den Personen ganz ohne Einkommen (Kinder und mitversicherte Ehegatten) und zu Beziehern von Transfereinkommen (Arbeitslose und Rentner) weitergeleitet. So verursachen 2007 alle mitversicherte Familienangehörige in der GKV Kosten in Höhe von rund 29 Mrd. Euro, ohne Beiträge zu zahlen. Die GKV-Ausgaben für Rentner (ohne deren mitversicherte Familienangehörige) betragen rund 67 Mrd. Euro, die aber nur durch rund 34 Mrd. Euro eigene Beiträge der Rentner gedeckt sind.

Abbildung 12: Einkommensspezifischer Nettobeitrag je Beschäftigten in der GKV im Jahr 2007



Quelle: eigene Berechnungen.

Abbildung 13: Nettobeitrag der Einkommensklassen in der GKV im Jahr 2007



Quelle: eigene Berechnungen.

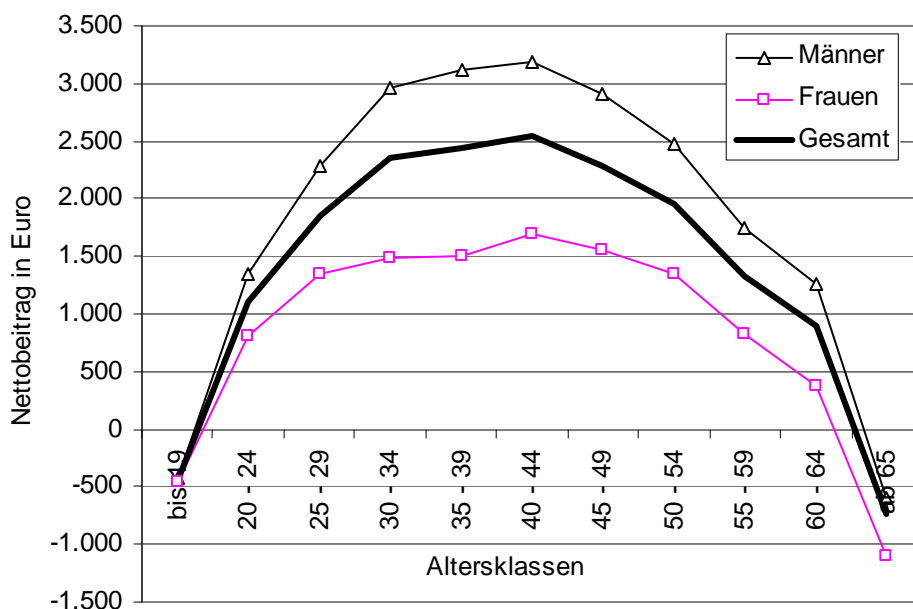
Auch die **Differenzierung nach Alter** zeigt, dass alle Altersklassen im Durchschnitt bis auf die kleine Klasse der Beschäftigten im Alter über 65 Jahren und der Klasse der unter 20-Jährigen Nettozahler sind (Abbildung 14). Während der negative Nettobeitrag der unter 20-Jährigen

Beschäftigten auf deren geringes Einkommen und damit geringen Beitragszahlungen zurückzuführen ist, ist der negative Nettobetrag bei den Älteren mit deren hohen Gesundheitskosten zu begründen, die trotz relativ hoher Einkommen die Beitragszahlungen übersteigen. Gleichwohl kann man auch hier festhalten, dass innerhalb der Gruppe der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten die **altersabhängigen Netto-Zahlungsströme** mit einem Gesamtvolumen von rund 155 Mio. EUR (120 Mio. an die unter 20-jährigen Beschäftigten und 35 Mio. an die über 65-Jährigen) sehr gering sind.

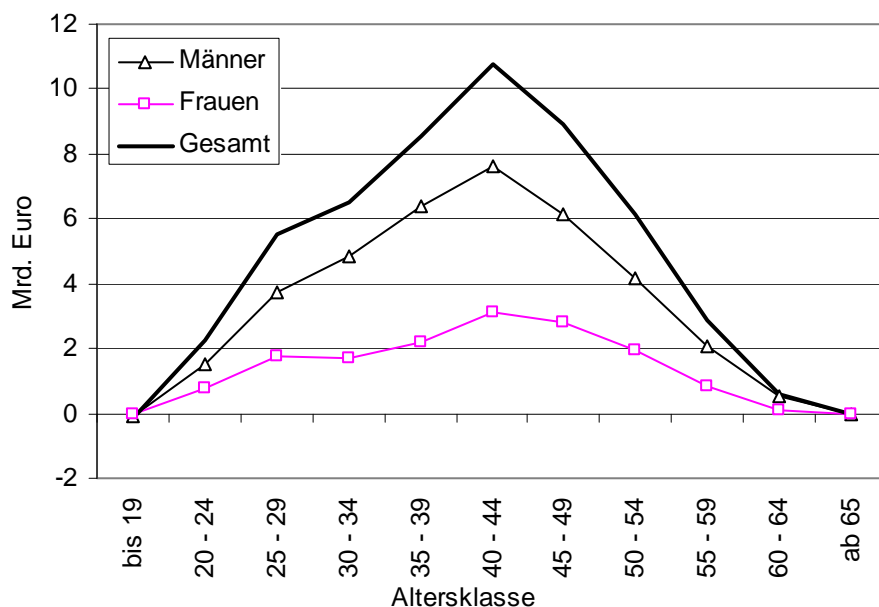
Die größten Nettozahler je Versicherten sind mit rund 3.200 Euro in 2007 die **Männer** im Alter zwischen 40 und 44 Jahren (Abbildung 14). Diese Altersgruppe leistet auch insgesamt den größten Nettobeitrag in Höhe von über 10 Mrd. Euro (Abbildung 15). Das ist ein Fünftel des gesamten Nettobeitrags der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Frauen zahlen durchweg einen niedrigeren altersspezifischen Nettobeitrag als Männer, was auf ihr durchgehend niedrigeres Einkommen und bis zum Alter von 50 Jahren auch auf ihre höheren Gesundheitskosten zurückzuführen ist.

Abbildung 14: Altersspezifischer Nettobeitrag je Beschäftigten in der GKV im Jahr 2007



Quelle: eigene Berechnungen.

Abbildung 15: Altersspezifischer Nettobeitrag in der GKV im Jahr 2007

Quelle: eigene Berechnungen.

6. Beitragsleistungen und Leistungsbezug der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Sozialen Pflegeversicherung

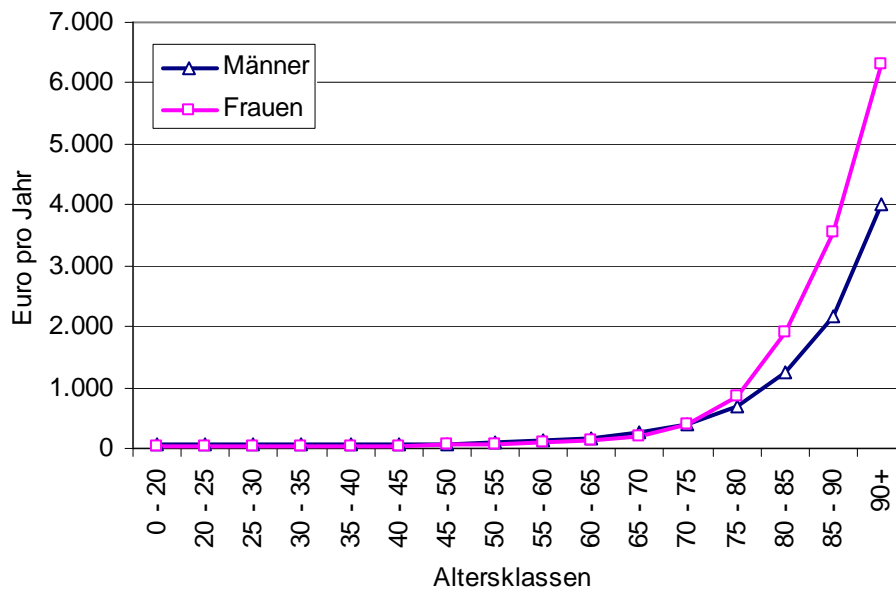
Da die Soziale Pflegeversicherung (SPV) hinsichtlich des Versichertenkreises und hinsichtlich der Beitragserhebung weitgehend deckungsgleich mit der GKV ist, können die für die GKV abgeleiteten Ergebnisse qualitativ auf die SPV übertragen werden. Da in der SPV allerdings die altersspezifischen Ausgabenprofile einen viel steileren Verlauf aufweisen (Abbildung 16), ist relativ zur gesamten Beitragsleistung der Nettobeitrag der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten noch größer. Männer verursachen in der SPV in jungen Jahren etwas höhere Kosten als die Frauen. Im Alter sind dann aber die Pro-Kopf-Ausgaben für die Frauen höher. In der GKV ist dies genau umgekehrt (vgl. Abbildung 10).

Insgesamt können im Jahr 2007 den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Kosten in Höhe von rund 1,6 Mrd. Euro zugerechnet werden.¹¹ Das Beitragsaufkommen dieser Personengruppe beträgt dagegen 11,2 Mrd. Euro. Mithin fließen 9,6 Mrd. Euro oder 85% der Beiträge zu anderen Versichertengruppen. Dieser Anteil ist seit 1999 in etwa konstant geblieben. Während allerdings das Niveau der empfangenen Leistungen aus der Pflegeversicherung seit 1999 in etwa unverändert ist, hat sich in der gleichen Zeit der Beitrag und damit auch der Nettobeitrag um über 1 Mrd. Euro erhöht (Abbildung 17). Da hauptsächlich ältere Menschen Pflegeleistungen in

¹¹ Für die Pflegeversicherung ist die Annahme, dass die erwarteten Leistungen der Pflegeversicherung für einen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten den durchschnittlichen SPV-Ausgaben für Versicherte seiner

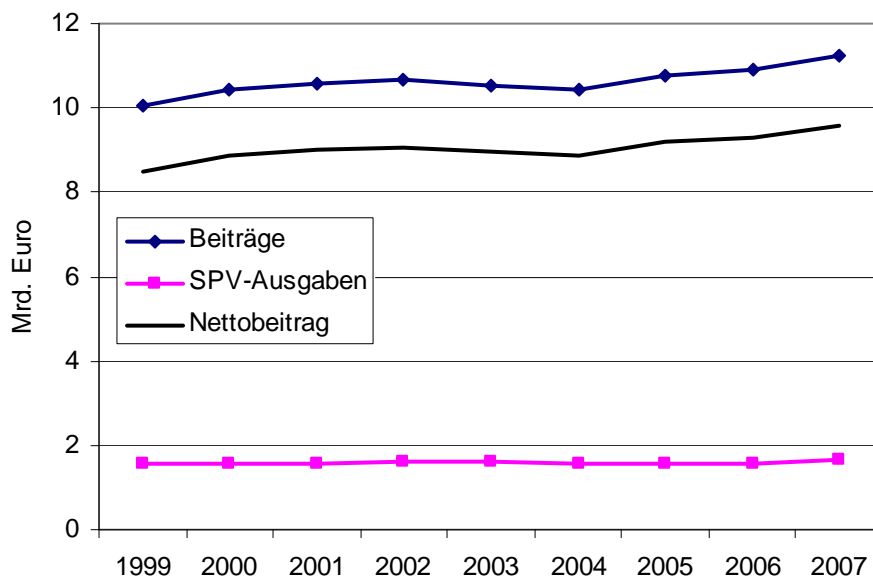
Anspruch nehmen, profitiert im Wesentlichen die Gruppe der Rentner von diesem wachsenden Zahlungsstrom.

Abbildung 16: Altersspezifische Ausgabenprofile je Versicherten in der SPV im Jahr 2007



Quelle: eigene Berechnungen.

Abbildung 17: Entwicklung des Nettobeitrags in der Sozialen Pflegeversicherung



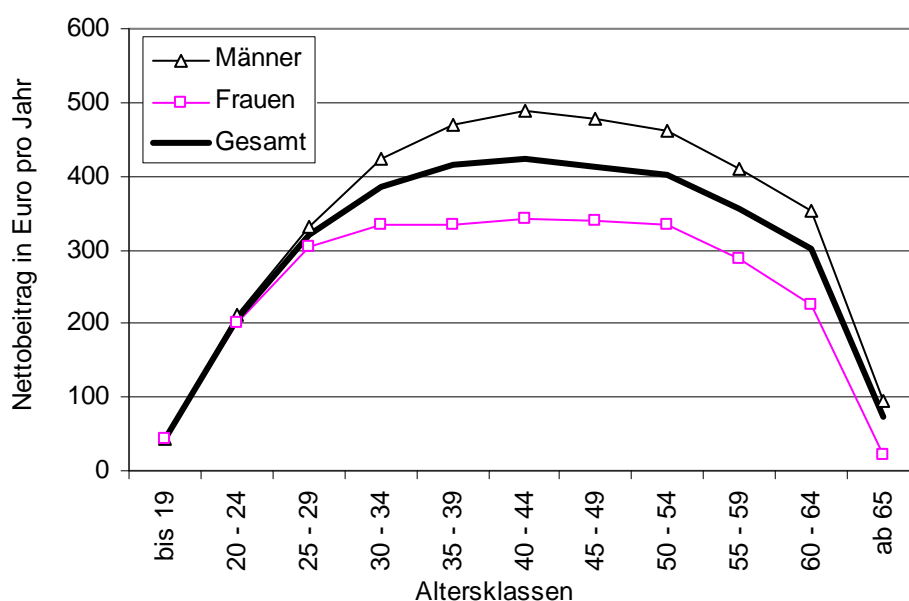
Quelle: eigene Berechnungen.

Die **alters- und einkommensspezifischen Nettobeitragsprofile** haben einen ganz ähnlichen Verlauf wie in der Gesetzlichen Krankenversicherung (Abbildungen 12 bis 15). Innerhalb der

Altersklasse entsprechen, sicherlich nicht ganz unproblematisch, da man davon ausgehen kann, dass ein negativer Zusammenhang zwischen Beschäftigung und Pflegebedürftigkeit besteht.

Gruppe der Sozialversicherungspflichtigen ist nur die unterste betrachtete Einkommensgruppe (Einkommen bis 2.500 Euro im Jahr) Nettoempfänger. Nur sie zahlen pro Jahr weniger Beiträge als sie im Durchschnitt Ausgaben in diesem Jahr verursachen. Das Volumen dieser Nettozahlungen ist jedoch mit knapp 39 Mio. Euro oder 34 Euro pro Kopf und Jahr sehr gering. Alle anderen Einkommensgruppen sind in der SPV Nettozahler an andere Versichertengruppen. Nach Altersgruppen betrachtet sind auch in der SPV die 40- bis 44-Jährigen die größten Nettozahler (Abbildung 18). Sie leisten einen Nettobeitrag von knapp 500 Euro pro Kopf bzw. von insgesamt 1,8 Mrd. Euro, was genauso wie in der GKV ein Fünftel des gesamten Nettobeitrags der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ausmacht.

Abbildung 18: Altersspezifischer Nettobeitrag je Beschäftigten in der SPV im Jahr 2007



Quelle: eigene Berechnungen.

7. Beitragszahlung und Leistungsbezug der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Gesetzlichen Rentenversicherung und der Arbeitslosenversicherung

Der größte Zahlungsstrom im Sozialversicherungssystem – und letztlich auch das konstitutive Element einer umlagefinanzierten Rentenversicherung – ist derjenige von den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zu den Rentnern. So zahlen die Beschäftigten alleine über 140 Mrd. EUR an Beiträgen in die **Gesetzliche Rentenversicherung** ein, die dann für Rentenzahlungen verwendet werden können. Die Beiträge der Sozialversicherungspflichtigen machen 86% an den gesamten Beitragseinnahmen¹² (ohne Beiträge des Bundes für

¹² Die restlichen Beitragseinnahmen kommen von den Empfängern von Arbeitslosengeld und Arbeitslosengeld II, von den freiwillig versicherten Selbständigen und von den geringfügig Beschäftigten (Mini-Jober).

Kindererziehungszeiten) und 70% an den Rentenausgaben sowie 60% an den Gesamtausgaben aus. Hinzu kommt der Finanzierungsanteil, den die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Bundeszuschuss zur Gesetzlichen Rentenversicherung haben.

Erhebliche Unterschiede gibt es zwischen Ost und West: Während die Beschäftigten in Westdeutschland mit ihren Beitragszahlungen rund 65% der Ausgaben im Westen finanzieren, können die Beschäftigten in Ostdeutschland nur 35% der Ausgaben der Rentenversicherung Ost decken.

Leistungen für die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gibt es in der GRV nur in geringem Ausmaß. Im Wesentlichen sind dies Reha-Leistungen an Beschäftigte. Diese sog. Leistungen zur Teilhabe machen insgesamt im Jahr 2007 rund 4,5 Mrd. Euro aus.

Beitragsgrundlage und Versichertenkreis der **Arbeitslosenversicherung** sind weitgehend identisch mit denen der GRV. Genauso wie in der Rentenversicherung werden die Beiträge der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nahezu vollständig für andere Personengruppen verwendet, hier die Gruppe der Arbeitslosen.¹³ Eine Ausnahme bilden Leistungen der Bundesagentur für Arbeit, die den Beschäftigten selbst zugute kommen, wie z.B. das Kurzarbeitergeld. Überschlägig gerechnet hatten diese Leistungen in den Jahren 2006 und 2007 ein Volumen von jeweils rund 3 Mrd. Euro.

Das Beitragsvolumen der Beschäftigten ist insgesamt mit der Beitragssatzsenkung im Jahr 2007 zurückgegangen: von 43,5 Mrd. im Jahr 2005 auf 29,6 Mrd. Euro in 2007.¹⁴ Die Beiträge der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten machen rund 80% an den Gesamtausgaben der Arbeitslosenversicherung aus. Während die Beiträge im Westen im Jahr 2007 nahezu 94% der Ausgaben für Versicherte im Westen decken können, beträgt dieser Deckungsbeitrag in Ostdeutschland im Jahr 2007 nur 45%. Im Jahr 1999 lag dieser Anteil allerdings noch niedriger bei rund 30%.

¹³ Zwar kann eine Person innerhalb eines Jahres Beiträge zahlen und – falls sie arbeitslos wird – von der Arbeitslosenversicherung Leistungen erhalten. Doch sobald die Person als arbeitslos gemeldet ist, gehört sie nicht mehr zur Gruppe der Beschäftigten. Insofern kommen die Beiträge einer anderen Personengruppe zugute, wengleich während eines Jahres Beitragszahler und Empfänger von Leistungen ein und dieselbe Person sein können.

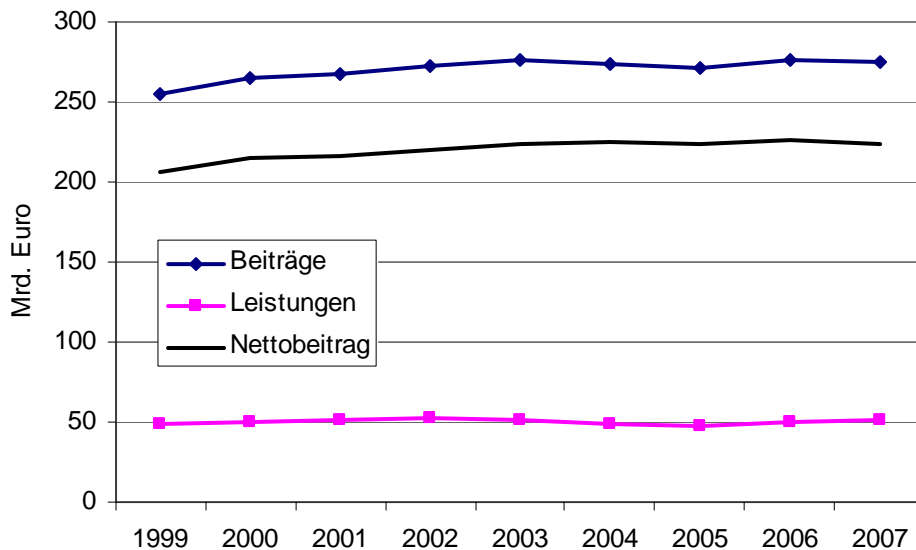
¹⁴ Im Jahr 2006 gab es wegen des Vorziehens des Beitragszahlungstermins faktisch Mehreinnahmen in Höhe eines Monatsbeitrags. Dieser Sondereffekt wurde hier aber nicht berücksichtigt.

8. Fazit: Gesamter Nettobeitrag der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

Stellt man den gesamten Beitragszahlungen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten die in einem Jahr empfangenen gesamten Leistungen gegenüber, erhält man den gesamten Nettobeitrag der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Er ist von 207 Mrd. Euro im Jahr 1999 auf über 224 Mrd. Euro im Jahr 2007 gestiegen (Abbildung 19). Der größte Teil des Nettobeitrags fließt in die GRV, gefolgt von der GKV (Abbildung 20).

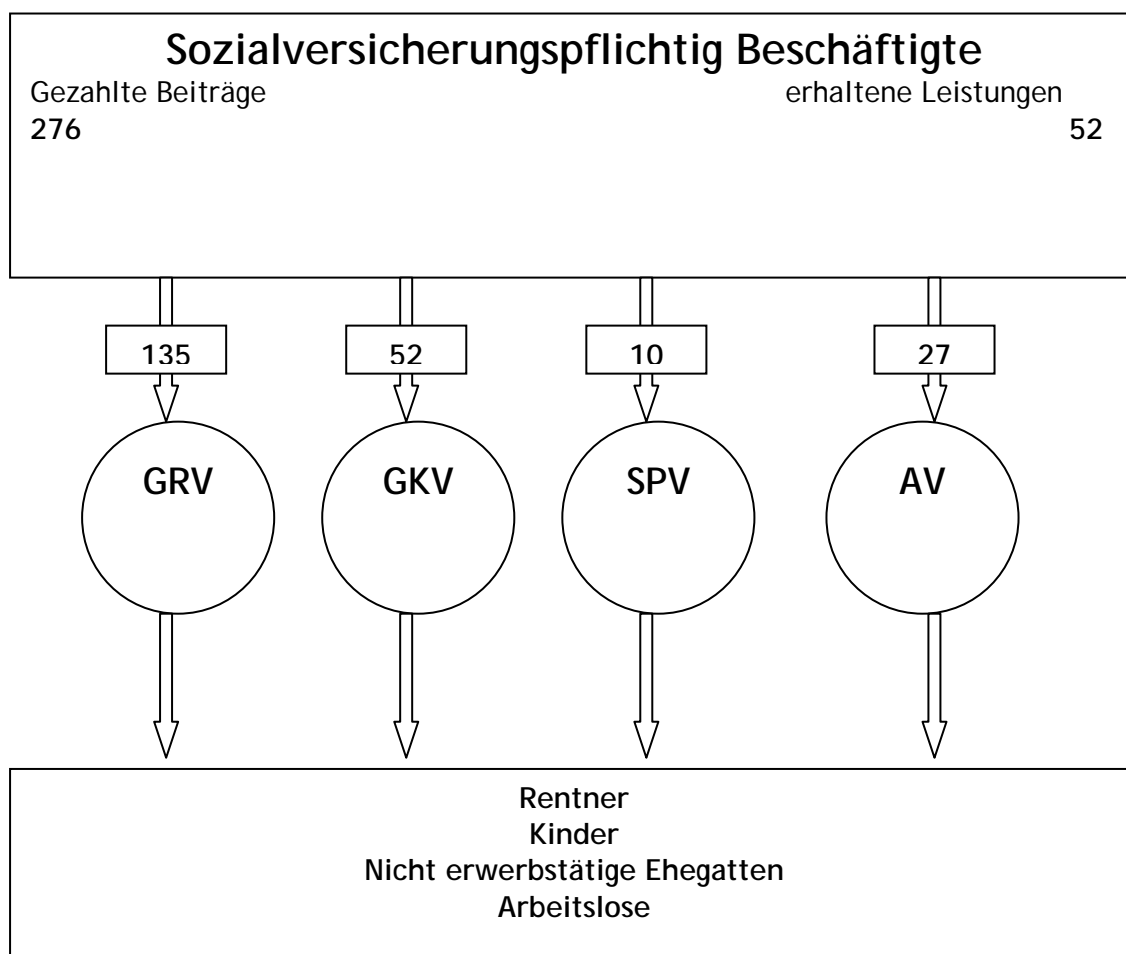
Insgesamt kann man festhalten, dass die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten die tragende Säule des deutschen Sozialsystems darstellen. Sie sind die Nettozahler des Systems. Mit ihren Nettobeiträgen werden innerhalb eines Jahres die Renten und die Kranken- sowie die Pflegeversicherungsleistungen an die Rentner, die Leistungen für Arbeitslose, die beitragsfreie Mitversicherung von Kindern und nicht erwerbstätigen Ehegatten zu einem Großteil finanziert. Die Nettozahlungsströme innerhalb der Gruppe der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist viel geringer, als die einkommensbezogene Beitragserhebung in der GKV und SPV auf den ersten Blick vermuten lässt.

Abbildung 19: Entwicklung des gesamten Nettobeitragsbeitrags im deutschen Sozialversicherungssystem 1999 bis 2007



Quelle: eigene Berechnungen.

Abbildung 20: Zusammensetzung des Nettobeitrags der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Jahr 2007
in Mrd. Euro



Quelle: eigene Darstellung.

Literatur

Bothfeld, S. und A. Ziegler (2005): Wie viel ist uns die Frauenerwerbstätigkeit wert? In : Bundesarbeitsblatt, 12-2005. S. 4-12

Deutscher Bundestag (2008): Lebenslagen in Deutschland – Dritter Armuts- und Reichtumsbereich der Bundesregierung

Gasche, M. (2007): Pflegeversicherung und Pflegesektor in Deutschland: Herausforderungen und Chancen, Allianz Dresdner Economic Research Working Paper Nr. 95, 25. Oktober 2007.

Gasche, M. (2008): Renditevergleich zwischen Umlagesystem und Kapitaldeckungssystem, Allianz Dresdner Economic Research, Working Paper Nr. 115, 27. August 2008,

Gasche, M. (2009): Implizite Besteuerung im deutschen Sozialversicherungssystem, MEA-Diskussionspapier, Universität Mannheim, erscheint demnächst.

OECD (2008): Growing Unequal? Income Distribution and Poverty in OECD Countries, Paris.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) (2005): Die Chance nutzen – Reformen mutig voranbringen, Jahresgutachten: 2005/06.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) (2007):
Das Erreichte nicht verspielen, Jahresgutachten: 2006/07.

Discussion Paper Series

Mannheim Research Institute for the Economics of Aging, Universität Mannheim

To order copies, please direct your request to the author of the title in question.

Nr.	Autoren	Titel	Jahr
177-09	Hendrik Jürges, Karsten Hank,	The Last Year of Life in Europe: Initial findings from the SHARE study	09
178-09	Steffen Reinhold	Reassessing the Link between Premarital Cohabitation and Marital Instability	09
179-09	Alexander Ludwig, Edgar Vogel	Mortality, Fertility, Education and Capital Accumulation in a simple OLG Economy	09
180-09	Edgar Vogel	From Malthus to Modern Growth: Child Labor, Schooling and Human Capital	09
181-09	Steffen Reinhold, Hendrik Jürges	Secondary School Fees and the Causal Effect of Schooling on Health Behaviour	09
182-09	Steffen Reinhold, Kevin Thom	Temporary Migration and Skill Upgrading: Evidence from Mexican Migrants	09
183-09	Hendrik Jürges, Eberhard Kruk, Steffen Reinhold	The effect of compulsory schooling on health – evidence from biomarkers	09
184-09	Nicola Fuchs-Schündeln, Dirk Krüger, Mathias Sommer	Inequality Trends for Germany in the Last Two Decades: A Tale of Two Countries	09
185-09	Francesco Cinnirella, Joachim Winter	Size Matters! Body Height and Labor Market Discrimination: A Cross-European Analysis	09
186-09	Hendrik Jürges, Steffen Reinhold, Martin Salm	Does Schooling Affect Health Behavior? Evidence from Educational Expansion in Western Germany	09
187-09	Michael Ziegelmeier	Das Altersvorsorge-Verhalten von Selbständigen – eine Analyse auf Basis der SAVE-Daten	09
188-09	Beatrice Scheubel, Daniel Schunk, Joachim Winter	Don't raise the retirement age! An experiment on opposition to pension reforms and East-West differences in Germany	09
189-09	Martin Gasche	Die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im deutschen Sozialversicherungssystem: Eigenschaften, Beitragsleistungen und Leistungsbezug	09